

DECKBLATT NR. 24

ZUM BEBAUUNGSPLAN

Tiefenbach - "Hofacker"

GEMEINDE TIEFENBACH

LANDKREIS PASSAU

Tiefenbach, den 30. Januar 1991

Gemeinde

8391 Tiefenbach b. Passau



Rankl
(Rankl)

1. Bürgermeister

BESCHLOSSEN GEM. § 10-BauGB ART. 9
ABS. 3 BayBO IN DER SITZUNG VOM

7. März 1991
Tiefenbach, 8. März 1991

GEMEINDE Gemeinde DATUM

8391 Tiefenbach b. Passau



Rankl
(Rankl)

1. Bürgermeister
DER BÜRGERMEISTER

BEKANNTMACHUNGSVERMERK:

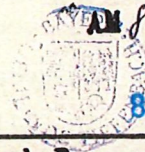
DIE ÄNDERUNG WURDE ORTSÜBLICH

DURCH Anschlag an den Gemeindefachern Tiefenbach, Kirchberg u. Ha

AM 8. März 1991 BEKANNT GEMACHT. bac

Gemeinde

8391 Tiefenbach b. Passau

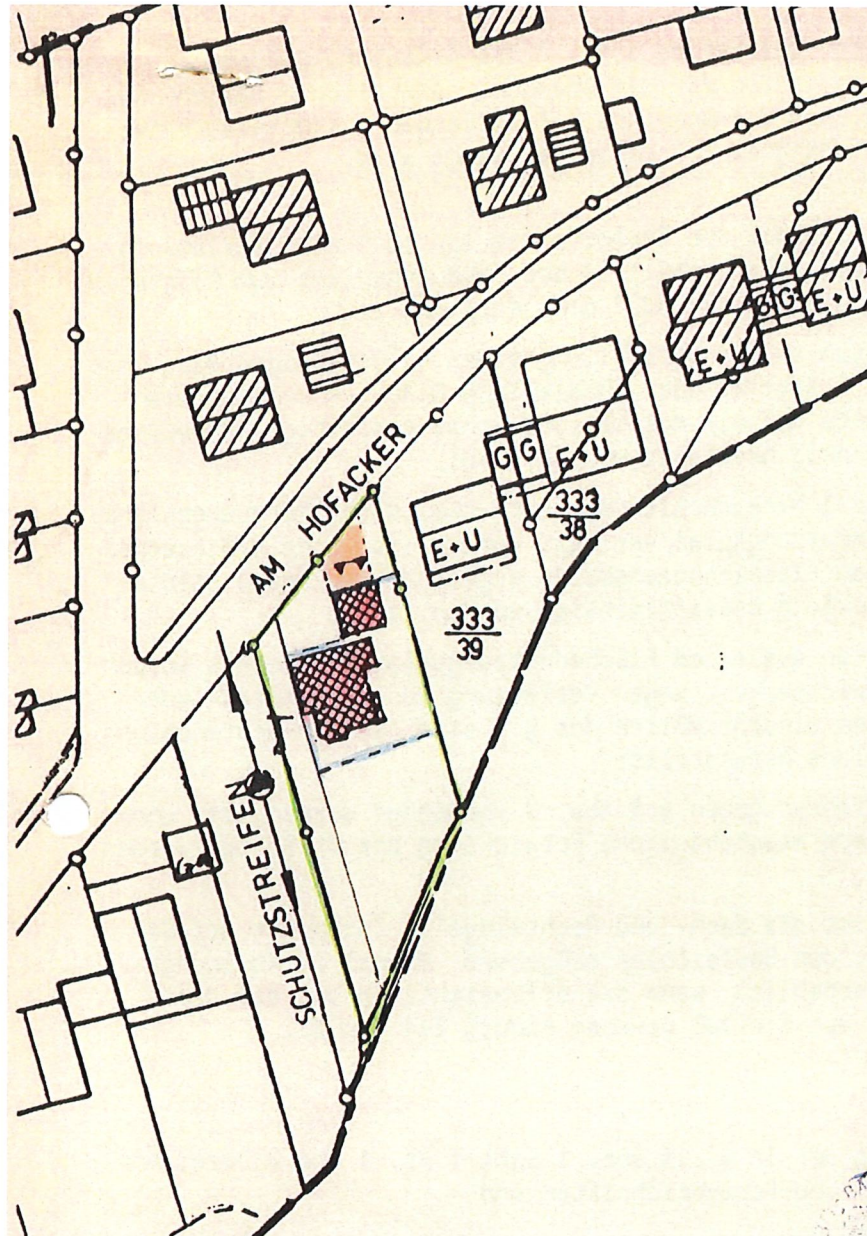


Rankl
(Rankl)

1. Bürgermeister

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Baugesetzbuches ist für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplans und der Bebauungspläne nach dem Baugesetzbuch nur beachtlich, wenn

1. die Vorschriften über die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 und 3, §§ 4, 13 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 Satz 2, § 22 Abs. 10 Satz 2 und § 34 Abs. 5 Satz 1 BauGB verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn bei Anwendung der Vorschriften einzelne berührte Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt oder bei Anwendung des § 3 Abs. 3 Satz 2 oder des § 13 die Voraussetzungen für die Durchführung der Beteiligung nach diesen Vorschriften verkannt worden sind;
2. die Vorschriften über den Erläuterungsbericht und die Begründung des Flächennutzungsplanes und der Bebauungspläne sowie ihrer Entwürfe nach § 3 Abs. 2, § 5 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 und Abs. 5, § 9 Abs. 8 und § 22 Abs. 11 verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn der Erläuterungsbericht oder die Begründung des Flächennutzungsplanes oder der Bebauungspläne oder ihrer Entwürfe unvollständig ist;
3. ein Beschluß der Gemeinde über den Flächennutzungsplan oder den Bebauungsplan nicht gefaßt, eine Genehmigung nicht erteilt, das Anzeigeverfahren nicht durchgeführt, die Satzung unter Verstoß gegen § 11 Abs. 3 Satz 2 in Kraft gesetzt oder der mit der Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder des Bebauungsplans



Soweit in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 der Erläuterungsbericht oder die Begründung in dem für die Abwägung wesentlichen Beziehungen unvollständig ist, hat die Gemeinde auf Verlangen Auskunft zu erteilen, wenn ein berechtigtes Interesse dargelegt wird.

Für die Rechtswirksamkeit der Bauleitpläne ist auch eine Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans zum Flächennutzungsplan nach § 8 Abs. 2 und 4 unbeachtlich, wenn

1. die Anforderungen an die Aufstellung eines selbständigen Bebauungsplans (§ 8 Abs. 2 Satz 2) oder an die in § 8 Abs. 4 bezeichneten dringenden Gründe für die Aufstellung eines vorzeitigen Bebauungsplans nicht richtig beurteilt worden sind;
2. § 8 Abs. 2 Satz 1 hinsichtlich des Entwickelns des Bebauungsplans aus dem Flächennutzungsplan verletzt worden ist, ohne daß hierbei die sich aus dem Flächennutzungsplan ergebende geordnete städtebauliche Entwicklung beeinträchtigt worden ist;
3. der Bebauungsplan aus einem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist, dessen Unwirksamkeit wegen Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften einschließlich des § 6 sich nach Bekanntmachung des Bebauungsplans herusstellt;
4. im Parallelverfahren gegen § 8 Abs. 3 verstoßen worden ist, ohne daß die geordnete städtebauliche Entwicklung beeinträchtigt worden ist.

Für die Abwägung ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlußfassung über den Bauleitplan maßgebend. Mängel im Abwägungsvorgang sind nur erheblich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluß gewesen sind (§ 214 BauGB).

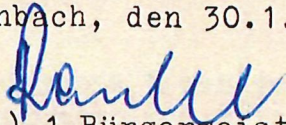
Unbeachtlich sind

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. Mängel der Abwägung,

wenn sie nicht in Fällen der Nummer 1 innerhalb eines Jahres, in Fällen der Nummer 2 innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Anlaß der Änderung:

■■■■■■■■■■ ist Eigentümer des Grundstücks Fl.Nr. 535/40, Gemarkung Tiefenbach. Das Landratsamt Passau hat auf diesem Grundstück mit Bescheid vom 11.10.90 bzw. Tekturbescheid vom 07.11.90-Bauplan-Nr.B 2260/90- den Bau eines Wohnhauses mit Doppelgarage genehmigt. ■■■■■■■■■■ hat aber erneut eine Umplanung vorgenommen und beabsichtigt nun, die Garage nicht westlich an das Wohnhaus anzubauen, sondern das Garagengebäude nordöstlich des Wohnhauses, 3 m von der Ostgrenze entfernt, zu errichten. Der Gemeinderat Tiefenbach hat in seiner Sitzung am 30.1.1991 der Tektur zugestimmt und die Änderung des Bebauungsplanes mit Deckblatt Nr. 24 im vereinfachten Verfahren beschlossen. Tiefenbach, den 30.1.1991


(Rankl), 1. Bürgermeister